

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags-
Bezugspreis monatl. M. 20.—, vierteljährl. M. 60.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Verkehr 66.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 1.— Pf. : Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discountges., Zweigst. Waldb.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren
Raum M. 2.50, anwärts M. 3.00. : Reklame-
zeile M. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Objecten u. bei Auslieferung werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gsch in Waldbad.

Nummer 171

Gericht 179

Waldbad, Dienstag, den 25. Juli 1922

Gericht 179

57. Jahrgang

Tagespiegel

Das Reichskabinett hat am Montag über das Verhältnis zu Bayern beraten.

Es wird mitgeteilt, amtlich sei in Berlin noch nichts davon bekannt, daß Frankreich als Pfand für die Kriegsentwicklungsleistungen u. a. auch die Auslieferung eines Fünftels aller deutschen Aktienpapiere verlange.

Der Völkerbundsrat hat die „Mandate“ von England in Palästina und von Frankreich in Syrien ganz in der Ordnung gefunden. Das amtliche Italien erwartet aber, daß Frankreich ihm, wenn es im Obersten Rat für das französische Mandat stimmen sollte, ebenfalls einen Sonderanteil zuschlagen werde. In Frankreich ist man sehr unangenehm berührt durch diese Unbestimmtheit.

Poincaré hat sich nunmehr bereit erklärt, in den ersten Augusttagen nach London zu kommen.

Die irischen Regierungstruppen rücken auf Cork vor, wo sich die letzten Hauptstützpunkte der Aufständischen befinden. Bei der Einnahme von Cimmerick verloren die Regierungstruppen nach amtlicher Meldung 5 Tote und 20 Verwundete.

Der Londoner „Daily Chronicle“ meldet, nach Ansicht der amerikanischen Hilfskommission sei die Hungersnot in Rußland so gut wie beendet. (?) Ob eine Fortsetzung der amerikanischen Hilfe im nächsten Winter notwendig sein werde, soll später entschieden werden.

Unter dem Druck der Finanzüberwachung

Die Denkschrift des Garantieauschusses über die Abmachungen mit der deutschen Reichsregierung betreffend die Überwachung der deutschen Finanzlage, über die Unterdrückung der Kapitalflucht und über die deutsche Wirtschafts- und Finanzstatistik ermöglicht nunmehr die Bildung eines Urteils über die Schwere der Verpflichtungen, die Deutschland aufs neue auf sich genommen hat. Die Denkschrift sagt nichts darüber, wer die Kosten dieser Überwachung, d. h. für die „Beauftragten“, ihr Hilfspersonal und ihre Unterkunft zu tragen hat. Da diese Herren mit ihrem Troß durchweg recht ansehnliche Gehälter und ebensolche Auslagenfelder beziehen, selbstverständlich in ausländischer guter Valuta, so ergeben sich, in Mark umgerechnet, ungeheure Beträge, die um so drückender sind, als die Kontrolle an sich genug Arbeit, Scherelei, Zeitvergeudung, Personal und Material sowie sonstigen Aufwand verursachen wird, was nur schlecht zu der Forderung einer sparsameren Wirtschaft und einer Einschränkung unseres Beamtenapparats paßt. Aber wir sind es nun schon gewöhnt, daß alle auf uns zugeschnittenen Grundzüge der Entente dann sich in ihr Gegenteil verkehren, wenn sie von ihr selbst besorgt werden müßten.

Wie sehen nun die Folgerungen aus, die der Garantieauschluß aus dem Artikel 240 des Friedensvertrags, der Deutschland zur „Auskunft“ über seine Steuererhebung und seine Finanzen verpflichtet, ableiten kann? Daß sie nicht ungefährlich sind, geht schon aus dem Zweck dieser Auskunftspflicht hervor, den Verbändsmächten die Möglichkeit zu geben, „Verfehlungen“ festzustellen, aus denen man das Recht zu „Sanktionen“ ableiten kann, und neue Forderungen und Bedingungen an Deutschland zu stellen.

Rein äußerlich genommen ein Wust von Schreibarbeiten, von Reichstagsdrucksachen, Abschriften von Ministerialentscheidungen und Verordnungen, von Rassenabschlüssen, Rechnungsaufstellungen, Uebersichten, Inspektionsberichten, Tages-, Wochen-, Vierteljahrs- und Jahresaufstellungen aus allen möglichen Finanz-, Wirtschafts- und Verkehrsgebieten, die zum Teil eigens für die beiden Beauftragten hergestellt werden müssen und einen Riesenapparat beanspruchen, der den ordentlichen Geschäftsgang der betreffenden Behörden unerträglich belasten muß. Es ist doch etwas anderes, ob man das kleine Griechenland oder die Türkei mit ihrem zurückgebliebenen Wirtschafts- und Verwaltungsweisen oder Haiti und ähnliche Staaten „kontrolliert“, oder ein Land von der Größe und Wirtschaftsbedeutung Deutschlands. Gewiß, Ordnung muß sein, im großen wie im kleinen Haushalt, aber Einmischung von außen ist eher geeignet, die Ordnung zu stören, als sie zu bessern, zumal unter den heutigen Verhältnissen Deutschlands, das an allen Ecken und Enden mit Zwangsleistungen aller Art belastet wird. Wie aber nun, wenn diese Kontrollrechte, die auch noch zu persönlichen Beaufsichtigungen berechtigen, in schikanöser oder

taktloser Art ausübt werden? Die Folgen davon sind ohne weiteres auszumalen, und leider muß man mit solchen Möglichkeiten nach den bisherigen Erfahrungen rechnen. Dabei ist es mehr eine Frage moralischer Bewertung, ob mit dieser Überwachung in die staatlichen Heberrechte eingegriffen wird oder nicht. Jedoch die Bedeutung solcher Möglichkeiten darf keineswegs unterschätzt werden, sie berühren die Kreditfähigkeit eines Staats. Denn wenn auch den Beauftragten nirgends ein Einspruchsrecht gegen deutsche Maßnahmen, Gesetze, Verordnungen usw. zusteht, so werden doch die von ihnen bedienten Verbändsregierungen unter Umständen sich solche Rechte anmaßen. So wird also doch mittelbar die staatliche Hoheit durch diese Finanzkontrolle verletzt.

Materiell von großer Bedeutung sind die grundsätzlichen Bestimmungen gegen die Kapitalflucht. Natürlich haben wir das größte Interesse, diese Kapitalflucht zu hindern, insbesondere, soweit sie nur dazu dient, Kapital, das nicht im deutschen Wirtschaftsinteresse verbrennt, veranlagt ist, also insbesondere das Rentkapital, an der Flucht ins Ausland zu verhindern, wo es nur die ausländische Wirtschaft stärkt. Aber es ist die Gefahr nicht zu übersehen, daß diese Maßnahmen die deutsche Wirtschaft schädigen können, wenn sie etwa dazu dienen sollen, das Kapital dem Zugriff der Entente auszusetzen, die sich dessen Wettbewerbs zugunsten ihrer eigenen Wirtschaft entledigen will. Und dieselbe schwere Bedenken gilt von den Wirtschaftstatistiken, die von uns gefordert werden. Kaum ein Land hat vor dem Krieg so umfassende Wirtschaftstatistiken veröffentlicht, wie Deutschland. Wir konnten es uns damals in Besitz unserer Bollwerke leisten, auch wenn diese Statistiken von den auswärtigen Handelsvertretungen in Deutschland zum Nachteil Deutschlands ausgebeutet wurden. Sie spielten in allen Konsulatsberichten eine hervorragende Rolle. Die jetzt von uns verlangten Produktions-, Zoll- und Handelsstatistiken gehen aber weit über das im Frieden veröffentlichte Material hinaus und haben schon deshalb eine entscheidende Bedeutung, weil sie nicht erst nach längeren Fristen, sondern in den aller kürzesten gegeben werden müssen und eine unmittelbare Ausbeutung ermöglichen. Man wird unsere Bezugs- und Abfahrwege und die Entwicklung unserer Produktion genauestens verfolgen und sich gegen den deutschen Wettbewerb besser rüsten können als bisher.

Löblich unterworfen!

Eine diplomatische Niederlage

Zu der Annahme der Finanzüberwachung, die, wie wiederholt es, nach der Annahme des Friedensvertrags das bedeutendste und folgenschwerste Ereignis der seit Kriegsende ist, wird uns von unserem Berliner Mitarbeiter, der über die dortige politische Lage stets gut unterrichtet ist, nachstehende Betrachtung zugeleitet, die als Stimmungsbild aus der Reichshauptstadt nicht ohne Interesse ist. D. Schr.

Die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie sich als dem Finanzdiktat der Entschädigungskommission und allen darauf folgenden Eingriffen der Entente unterwerfe, hat in weiten politischen Kreisen, auch in denen, die es mit der herrschenden Koalition halten, Bestürzung hervorgerufen. Auch die Art und Weise, wie die bittere Pille — nachdem der Reichstag in die lange Sommerpause geschickt ist — der Deffenlichkeit schlecht verpackt beigebracht wird, hat allenthalben peinlich überrascht. Keine Beruhigungsnotiz der amtlichen Pressestellen täuscht darüber hinweg, daß es sich doch um eine Art „Dette Publique Ottomane“ (Fremdverwaltung der türkischen Finanzen), ja um noch viel Schlimmeres handelt. Denn wer die politische Geschichte der Türkei nachliest, wird finden, daß an die Regierung des Sultans niemals solche Zumutungen gestellt worden sind, wie jetzt an den deutschen Reichsfinanzminister. ... Wenn zwei Vertreter des Garantieauschusses künftig in Berlin sitzen werden, wenn ihnen das Reichsfinanzministerium regelmäßig Auskunft über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs erteilen muß, wenn diese Finanzkontrolleure das Recht erhalten, Einsicht in den Reichshaushalt und die Nachtragsforderungen zu nehmen, monatliche Listen über die Ueberschreitungen zu fordern, Finanzvorlagen und Steuerfragen zu prüfen, wenn die Regierung einen beweglichen Kontrolldienst einrichten muß, an dessen Inspektionsreisen sich jederzeit ein Beamter der Entente beteiligen kann und über dessen sonstige Ergebnisse dem Garantieauschluß zu berichten ist, so ist und bleibt das eine überaus schmerzhaft Beschnidung der staatlichen Finanzhoheit. ... Ist deshalb ihr Prüfungsrecht in der Folge nicht auch ein Ein-

spruchsrecht der Entente? Es muß dies ja sein, sonst hätte der ganze Kontrollapparat keinen Sinn.

Soweit die staatsrechtlichen Bedenken, Daneben laufen seelische Momente und diplomatische Fragen. Vier Wochen lang hat der Ausschuß mit dem Reichsfinanzministerium gearbeitet. Immer neue Unterlagen haben sich die fremden Herren für die „Prüfung“ der deutschen Finanzen geben. Immer schärfer wurde das Verhör. Ueber wurden vorgelegt. Statistiken wurden gezeigt. Keine Auskunft wurde verweigert. Die beteiligten deutschen Beamten haben die Qual stumm ertragen. Verlangt man auch von der öffentlichen Meinung des deutschen Volks, daß sie schweigt und duldet? Vier Wochen lang haben die Vertreter der deutschen Regierung mit den vier ausländischen Unterkommissionen verhandelt. Gewiß, sie mühten auf jede Frage einzugehen, denn sonst hätte ja Deutschland in den Augen des Herrn Poincaré seinen „bösen Willen“ gezeigt. Jeder Schatten eines Verdachts, daß die deutsche Finanzverwaltung etwas zu verheimlichen habe, mußte vermieden werden. Aber waren die deutschen Vertreter in ihrer Treueherzigkeit verpflichtet, jede diplomatische Vorsicht zu unterlassen und alles ohne Gegenwert zu versprechen? ... Wir haben in der Außenpolitik wieder einmal eine Schlacht verloren! Dr. Frig. Auer.

Wieder einer

Die Berliner Postzeitung ist, wie das „Mittags-Abendblatt“ meldet, einem Fährer auf die Spur gekommen, der die französische Militärkommission mit erfindenen Nachrichten über geheime deutsche Waffenlager, deutsche Bewaffnungsabsichten usw. versehen hat. Es handelt sich um den in Hildburghausen geborenen, zuletzt in Leipzig tätigen Handlungsgehilfen Karl Schuchardt.

Nach einer abenteuerlichen Fahrt, die der Schwindler nach Ungarn und den Balkanländern unternommen hatte, wobei es ihm unter anderem gelungen war, unter Verwendung eines gestohlenen Dienstempels eines französischen Generals und von, in der französischen Botschaft in Berlin gestohlenen Papieren, den Posten eines französischen Ueberwachungskommissars auf dem Budapester Bahnhof zu erhalten, wurde er von einer französischen Behörde aufgegriffen und an die Grenze abgehoben, um in Mainz von der französischen Sicherheitspolizei in Empfang genommen zu werden. Schuchardt selbst ist, wie er aussagt, der Ansicht, daß die französischen Behörden in Mainz von seinem kommen Kenntnis hatten. Dem sofort nach seiner Verhaftung wurde er zu dem Chef der dortigen französischen Postzeitung geführt, der ihm auseinandersetzte, daß es sehr lohnend sei, für Frankreich zu „arbeiten“. Er erhielt nun in der Folgezeit Aufträge in Hülle und Fülle. Vor allem hatte er die Aufgabe, Handelsespionage zu betreiben, und als dies nicht mehr einbringen genug war, legte er sich auf die Anfertigung „wertvoller Nachrichten über die deutsche Geheimimmobilien“. Am 19. April ds. J. reiste er nach Dresden und begab sich dort zu dem Chef der französischen Kontrollkommission, Oberst Vassart. Vassart versprach dem Schuchardt, daß er ihm peinlich korrekte Pässe verschaffen könne, mit deren Hilfe er noch einmal den Versuch machen solle, sich im französischen Nachrichtendienst zu betätigen. Schuchardt gab daraufhin dem Obersten Vassart „sozial. Dokumente“, wie dieser nur haben wollte. Bei der französischen Militärkommission in Berlin war man freudig überrascht von dem Eifer, den die Unterkommission in Dresden an den Tag legte. Schuchardt, der inzwischen, natürlich nur zu Handelsespionagezwecken, in Leipzig eine Stellung angenommen hatte, richtete noch kurz vor seiner Verhaftung an den Chef der feindlichen Militärkommission, General Rollet einen Brief, in dem er diesem anbot, für die französische Mission bei der Handelskammer in Leipzig Espionage zu betreiben. Schuchardt hat planmäßig gefälschte Nachrichten über angebliche deutsche Militärmaßnahmen an französische Behörden verkauft.

Die Schule Eisenbarth

Bei den Verhandlungen über die Finanzüberwachung und die Einschränkung der Reichsausgaben hat der feindliche Garantieauschluß die Behauptung aufgestellt, die im Reichshaushaltsplan vorgesehenen Ausgaben für Verbesserung des Fernsprechnetzes durch unterirdische Drahtleitungen (Kabel) seien als ein Luxus zu betrachten, den sich Frankreich und England nicht leisten könnten. Die Entschädigungskommission werde daher die Kabellegung in Deutschland verbieten müssen. — Die Sache verhält sich natürlich gerade umgekehrt. Die Kabel stellen eine wesentliche Verbesserung und Vereinfachung im Betrieb dar und England und Amerika besitzen bereits ein ausgedehntes Kabelnetz, das immer weiter ausgebaut wird. Aber der Garantieauschluß möchte wohl am liebsten den Fernsprechnetz- und Fernsprechnetzverkehr in Deutschland ganz stillgelegt sehen, dann wäre es mit den Fehlträgern allerdings bald aus, gerade ja wie der Eisenbahnschleppwagen aus der Welt zu

schaffen ist, wenn man eine Eisenbahnlinie um die andere außer Betrieb setzt. Dieser grandiose Gedanke ist bekanntlich von den Entschädigungsgenies schon in Erwägung gezogen worden. — Mit welchem Stolz müßte es den alten Herrn Dr. Eisenbarth erfüllen, wenn er ersühre, zu welcher Blüte seine einst mit Recht so berühmte Schule im zwanzigsten Jahrhundert gelangt ist!

Vom Bodensee, 24. Juli. Wie der „Oberschw. Anzeiger“ berichtet, soll sich Reichsverkehrsminister Gröner dahin ausgesprochen haben, der Schiffsverkehr auf dem Bodensee zwischen Friedrichshafen und Lindau müsse zur Winterszeit ganz eingestellt werden.

Aus dem Reich

Die Gehaltserhöhung

Berlin, 24. Juli. In den Beratungen der Regierungsvertreter mit den betr. Verbänden sollen die allgemeinen Teuerungszulagen der Beamten und Staatsangestellten vom Juli ab von 105 auf 160 Prozent und vom 1. August an auf 185 Prozent erhöht werden. Die Gesamtbezüge werden dadurch um 24 bzw. 34 Prozent aufgebessert. Eine entsprechende Erhöhung erfahren die Arbeitslöhne.

Rinsland und die Postbeamten

Berlin, 24. Juli. In der Sitzung des Beamtenbeirats beim Reichspostministerium gab der Minister zu den neuen Ausführungen des Postrats Rinsland im Reichstagsausschuß die Erklärung ab, daß die Arbeitstreue und der gute Wille der Beamten im allgemeinen nicht bestritten werden könne. Die Ausführungen des Postrats Rinsland sollten sich auch nicht auf die Beamten im allgemeinen beziehen, sondern sie hatten bestimmte bedauerliche Einzelfälle im Auge. Postrat Rinsland würde Gelegenheit genommen haben, dies im 27. Ausschuß festzustellen, wenn die Vertagung des Reichstags es nicht unmöglich gemacht hätte.

Zwei Millionen Belohnung

Berlin, 24. Juli. Der Oberreichsanwalt läßt durch B.L.B. bekannt geben, daß die Belohnung von zwei Millionen Mark gilt für die Ergreifung oder Ermittlung von Personen, die Morde oder Anschläge gegen jetzige oder frühere Regierungsmitglieder des Reichs oder der Länder oder Volksvertreter (wie Erzberger, Rathenau, Scheidemann u. a.) verabredet, vorbereitet oder durch Geld und andere Mittel begünstigt haben. Die Art der Verteilung behält sich der Reichsanwalt vor.

Aus dem Parteileben

Berlin, 24. Juli. Der Vorsitzende des Zentrumsverbandes fordert in einem Aufruf die Vereinheitlichung des Parteiwesens. Das Zentrum werde, um eine große Mittelpartei und der Kern der längst gegründeten Arbeitsgemeinschaft zu werden, bei den nächsten Wahlen eine größere Anzahl nichtkatholischer Kandidaten aufstellen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie beruft auf 1. Oktober einen Parteitag nach Gera ein.

Breslau, 24. Juli. Die Deutschnationale Volkspartei in Schlesien hat beim preussischen Ministerium des Innern Widerspruch erhoben, daß die Partei allein auf Grund der Ausnahmegeetze verpflichtet sein soll, ihre Versammlungen anzumelden, und um Genehmigung nachzusuchen, während keine andere Partei dies zu tun brauche.

Bekämpfung der Tuberkulose

Berlin, 24. Juli. Dem preussischen Landtag wird ein Gesetzentwurf zugehen, der die Anmeldung jeder ansteckenden Krankheit und jedes Falles von Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose an den zuständigen beamteten Arzt innerhalb acht Tagen zur Pflicht macht. Auf Verlangen des Arztes hat die Ortspolizeibehörde Maßnahmen zur Verhinderung der Ansteckung ausführen zu lassen. Unterlassungen oder Zuwiderhandlungen sollen mit Geldstrafe bis zu 500 Mark belegt werden.

Zeitungsverbot

Breslau, 24. Juli. Der Oberpräsident von Niederschlesien hat das „Grünberger Tagblatt“ wegen Abdrucks des bekannten Artikels des Deutsch-Amerikaners E. Loew in der Berliner Zeitschrift „Das Gewissen“ auf 7 Tage verboten.

Kassel, 24. Juli. Der Oberpräsident hat alle Veranstaltungen und Zusammenkünfte des Jungdeutschlands in der Provinz Hessen-Nassau verboten.

Göttingen, 24. Juli. Der Oberreichsanwalt hat das ge-

gen den verantwortlichen Schriftleiter des „Göttinger Tageblatt“ auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten eingekerkert wegen des Artikels „Bürger heraus!“, der zur Verschlagnahme und zu einem einwöchigen Verbot des „Göttinger Tageblatts“ geführt hat, eingestellt.

Bayern verlangt die Abberufung des Reichsgeandten

Berlin, 24. Juli. Amtlich wird bestätigt, daß die bayerische Regierung die Abberufung des Vertreters der Reichsregierung in München, Grafen von Foch, verlangt hat, unter Hinweis auf die eigentümliche Rolle, die Foch während der Tätigkeit des Hochverraters Leoprechting in München gespielt hat. Die Abberufung sei indessen noch nicht erfolgt.

Die Demokraten treten aus der bayerischen Koalition aus

München, 24. Juli. Der „Montagspost“ zufolge soll das Staatsministerium mit allen gegen die Stimme des Handelsministers (Dem.) beschlossen haben, eine Verordnung zu erlassen, durch die die bayer. Staatsregierung das Recht des Schutzes der Republik in Bayern an sich nimmt und den Vollzug den bayerischen Staatsanwälten und Volksgerichten überträgt gemäß Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Das neue Reichsstriminalgesetz soll als nicht rechtsverbindlich abgelehnt und in Bayern nicht gestattet werden.

Die Demokratische Partei erblüht in diesem Beschluß eine Durchbrechung des seitherigen Regierungsprogramms und sie hat den demokratischen Handelsminister aufzufordern, aus der Regierung auszutreten. Die Regierung hat trotzdem noch die Mehrheit, da Bayerische Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Bayerischer Bauernbund die Regierungsbeschlüsse gebilligt haben.

Neuwahlen in Bayern?

München, 24. Juli. Die „M. N. N.“ schreiben, es sei nicht richtig, daß die demokratische Partei in Bayern bereits eine Entscheidung über den Austritt aus der Regierungskoalition und die Abberufung des Handelsministers Hamm aus dem Kabinett getroffen habe. Die Schwierigkeit liege darin, weil bereits rechtsgültige Reichsgesetze nicht durch Sonderverordnungen der Einzelstaaten umgeformt werden könnten. Erst die Annahme oder Ablehnung der von Bayern gemachten Vorschläge durch das Reich stelle Bayern vor die endgültige Entscheidung, die man wahrscheinlich durch eine Landtags-neuwahl und Umbildung der Regierung herbeiführen werde.

München, 24. Juli. Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei Bayerns nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Entschließung an, durch die die Ausnahmegegebung zum Schutze der Republik abgelehnt wird. Besonders wendet sie sich gegen Eingriffe in die Justiz- und Polizeihohheit der Länder. Sie billigt die Haltung der bayerischen Regierung in dieser Frage.

Anfechtung Sachsens an den Sachlieferungen

Dresden, 24. Juli. Sachsen hat, wie der „Verl. Volksanzeiger“ meldet, im abgelaufenen Jahr für 31¼ Millionen Mark Sachlieferungen an den Feindbund ausgeführt. Darin sind 11¼ Millionen Mk. für Möbel enthalten.

Der Offizierverband wieder erlaubt

Dresden, 24. Juli. Das Ministerium des Innern hat sein Verbot des Nationalverbandes deutscher Offiziere wieder rückgängig gemacht.

Vom Ausland

Paris, 24. Juli. Zur bevorstehenden Zusammenkunft von Lloyd George und Poincaré schreibt „Deuvre“, einer von ihnen müsse notwendigerweise Zugeständnisse machen, wenn die Konferenz nicht ergebnislos verlaufen soll. Eine Zusammenkunft ohne Ergebnis würde unter den gegenwärtigen kritischen Umständen die Spannung zwischen Frankreich und England derart steigern, daß man einen Bruch befürchten müsse. Alle Freunde der Entente beiderseits des Kanals verlangten von Lloyd George und Poincaré, auch um den Preis einiger Opfer, eine so furchtbare Gefahr zu beschwören.

Der Kampf um das Erdöl

Haag, 24. Juli. Auf Veranlassung des bolschewistischen Vertreters Litwinow finden, wie in der „Voss. Zeitg.“ gemeldet wird, seit 18. Juli Verhandlungen englischer, holländischer und amerikanischer Kapitalisten über die Ausbeutung der russischen Erdölfelder statt.

London, 24. Juli. Nach einer Blättermeldung aus Melbourne erklärte der Ministerpräsident auf die Frage, ob etwas geteilt werde, um die australische Hüttenindustrie gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen, die Regierung werde alles mögliche tun, um die australischen Interessen zu wahren.

London, 24. Juli. Der Newyorker Korrespondent der „Westminster Gazette“ meldet, Uruquay werde bei der nächsten panamerikanischen Konferenz im Mai 1923 die Bildung eines amerikanischen Völkerbunds beantragen.

London, 24. Juli. Bei einem Eisenbahnezusammenstoß 8 Meilen südlich von Bagdad wurden 7 Personen getötet und 14 verletzt.

Württemberg

Stuttgart, 22. Juli. Jugendamtsbezirke. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern bestehen in Württemberg acht Bezirksverbände mit gemeinschaftlichem Jugendamt, ferner 25 Bezirksjugendämter (in weiteren 13 Bezirken werden sie in nächster Zeit eingerichtet), 4 Gemeindegereichte und 2 städtische Jugendämter.

Die Technische Hochschule Stuttgart verlieh dem Architekt Gustav Böz in Untertürkheim den Titel eines Dr.-Ingenieurs h. c.

Gedächtnisfeier. In der Synagoge fand gestern in Gegenwart des Staatspräsidenten Dr. Hießer die Weihe der Gedächtnisfeier für die 92 im Krieg gefallenen Mitglieder der israelitischen Kultusgemeinde Groß-Stuttgart in einem von Stadtrabbiner Dr. Rieger geleiteten Festgottesdienst statt.

Stuttgart, 24. Juli. Parteiversammlung. In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Bürgermuseum berichtete Abg. Bazille über die politische Lage. Bazille sieht die Zukunft für außerordentlich schwer und ernst an. Die Erfüllungspolitik und ihre Folgen, die Finanzüberwachung, das Ausnahmegegesetz gegen rechts und auch die internationale Anleihe, auf die man so große Hoffnungen setze und die doch den ausgesprochenen Zweck habe, einen Teil der Westarbeitslosigkeit auf Deutschland zu übertragen, — all das habe den Bolschewismus neu gestärkt. Es sehe nicht mehr so aus, als ob uns das rote Elend erspart bleibe.

Der Fall Bazille-Keil. In einem Brief an den Staatspräsidenten spricht der Abg. Bazille die Erwartung aus, daß der Abgeordnete und württ. Arbeitsminister Keil als Vorgesetzter Bazilles ebenso auf sein Recht der Strafverfolgungsfreiheit (Immunität) als Abgeordneter verzichten werde, wie er (Bazille) darauf verzichtet habe, und daß Keil sich der gerichtlichen Verantwortung seiner Behauptungen im Reichstag nicht entziehen werde. Es dürfe wohl angenommen werden, daß der Staatspräsident es für seine Pflicht halte, in diesem Sinn auf Keil einzuwirken.

Ein Mißverständnis. Am Samstag wurde, wie berichtet, vom Württ. Ministerium des Innern die Beschlagnahme der Morgenausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ angeordnet. In Göttingen und Göttingen wurde nun, wahrscheinlich infolge eines Mißverständnisses am Fernsprecher, die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ beschlagnahmt bezw. vom Postamt zurückgehalten. Die „Südd. Arbeiterzeitung“ war bekanntlich in letzter Zeit öfters der Beschlagnahme verfallen.

Stuttgart, 24. Juli. Streik. 1200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Stuttgarter Buchbindereien, Geschäftsbücher- und Briefumschlagfabriken stehen seit Samstag wegen Lohnforderungen und der 48stündigen Arbeitswoche im Streik.

Jugoslawien-Besuch. Der Reichsverband Deutscher Juweliere, Gold- und Silberschmiede wird im Anschluß an seinen am 14.—16. August in Koburg stattfindenden Verbandstag einen Ausflug nach Stuttgart unternehmen zum gemeinschaftlichen Besuch der Stuttgarter 7. Jugoslawien-Ausstellung.

Gefahrter Einbrecher. In einer Wirtschaft in der Holzstraße wollte heute vormittag ein junger Mensch einen Einbruch versuchen. Er wurde aber entdeckt und flüchtete. Von vielen Menschen verfolgt kam er bis zum Schloßplatz, wo er glaubte, sich im Auslandsinstitut verbergen zu können. Dort wurde er aber auf dem Treppenaufgang von einem Parkwächler festgenommen und einem Schuhmann übergeben.

Vergangene Nacht bemerkte ein Wächter der Nachwach- und Schlichtendienstgesellschaft, daß sich in einem Anwesen der Immenhofstraße Einbrecher zu schaffen machten. Durch das Dazwischentreten des Beamten ließen die Verbrecher die bereits zurecht gelegte Beute im Wert von 80 000 Mark im Stich und ergriffen die Flucht. Der Besitzer erlitt keinen Schaden.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

11. (Nachdruck verboten.)

„Nicht hast,“ entgegnete Hans, „es ist meine Sache! Und wie du meinst, so wird's mit gehen, derweil ich meine Arme rühren kann. Inzwischen werd ich dir's zeigen, daß ich mir die Heimat erhalt.“

„Armer Narr du! Nachher wenn halt in dein Unglück. Aber die Kofel, das merk dir fein, die geht dich von heut an nichts mehr an.“

Er hat ruhig ohne Jörn gesprochen, aber mit kalter, eisiger Bestimmtheit, gegen die es keinen Appell mehr gibt. Hans bebt vor Aufregung, Kofel schluchzt laut auf.

„Vater... ich hab den Hans gern und...“

„Und wir lassen nit voneinander!“ ergänzt Hans hastig. „Das merk auch du dir fein, Groß-Reicher! Die Dieb ist gar ein kuriozes Ding, die schlägt keiner tot, nit mit Worten und nit mit aller Gewalt auf der Welt.“

„Die Diebe! O je, die...“ Das höhnische Gelächter des Groß-Reichers erfüllt plötzlich in stannender Ueber-raschung, während sein scharfes Auge sich verwundert auf den Weg richtet, der vom Tal heraufführt.

„Na, na — was soll denn das jetzt heißen? Ich mein ganz Lorenzo ist heut bei der noblen Hochzeit...?“

Hans und Kofel haben sich umgewendet.

Lichter flimmern zwischen den Baldobäumen, rote rauchige Flammen aus Pechfäden, die einen gepfeiften Schein auf die schweigende Menge werfen, welche lautlos näher kommt.

Immitten dieser Menge wird ein langer, verhäulter Gegenstand sichtbar, der auf einer Tragbahre liegt. Jetzt erkennt der Groß-Reicher den Bürgermeister, der langsam neben einem weißgekleideten Vater aus dem Stütz schreitet. Weidwärtig wird eintöniges Gemurmel im Zuge hörbar.

Der Groß-Reicher streicht bekommen über die Stirn. „Stechbeten tun sie,“ murmelt er, „was soll denn das... wo wollen denn die hin...?“ Und er weiß

zugleich ganz genau, daß der Weg da herauf nur zu seinem eigenen Hof führt.

Kofel weiß nicht warum, aber ein Bittern kluft durch ihre Glieder. Hans legt unwillkürlich schützend den Arm um sie. So stehen sie schweigend in angstvoller Bekommenheit da und warten.

Und dann, der Zug ist schon ganz nahe, löst sich plötzlich die Gestalt des Priesters aus der Reihe und tritt rasch auf den Groß-Reicher zu.

Wie aus weiter Ferne hört Kofel sanfte, tröstende Worte. Sie sieht ihren Vater erleichen und seine Hüln-gehalt wanden wie eine der uralten Tannen im Wald, an der die Riesensäule des wilden Wintersturmes rütteln, der manchmal von den Höhen des Schneelars niederfällt über den Tullnerjattel.

„Dien... Dien... liebe Dien...“ stammelt Hans, selber an allen Gliedern schlotternd vor bleichem Entsetzen, „Jesus Maria, Dien, das kann unser Herrgott doch nit zugelassen haben.“

Da wirft sich Kofel auch schon mit einem gellenden Schrei über die Bahre, welche man vor ihren Vater nieder-gestellt hat und von der der Bürgermeister langsam das verhäulende Tuch zieht, so daß im fahlen Mondlicht das weiße Gesicht des Toten sichtbar wird.

Franz... Franz...!“

Der Groß-Reicher sieht regungslos und starrt auf seinen Einzigen nieder. In seinem Kopf ist ein wirres Brausen und Toben, so daß er weder die lautgesprochenen Sterbe-gebete ringsum, die teilnehmenden Worte des Priesters und des Bürgermeisters, noch das Jammergeschrei der alten Beva hört, die, von Knechten und Mägden gefolgt, aus dem Haus gestürzt ist.

Erst als Hans mit bebender Stimme ihn anspricht und in verwirrtem Mißgefühl nach seiner Hand hascht, hebt sich sein versteinertes Blick von der Leiche empor.

Grauen, Haß und Verzweiflung spiegeln sich darin und in wilder Aufwallung stößt er die sich ihm entgegenstreckende Hand zurück, während er die Worte förm-

lich zwischen den Zähnen zerbeißt: „Du... du... was willst denn... noch da? Weißt nit, daß es dein Bruder war, der mir das angetan hat? Geh, daß ich dich nimmer seh im Leben! Und verflucht sei die ganze Mörderhiffenschaft...!“

Erschöpft wendet er sich um und taumelt noch dem Hans, unwirsch jede Begleitung ablehnend.

Hans steht einen Augenblick wie vor dem Kopf ge-schlagen. Dann merkt er, wie die Augen aller halb mit-leidig, halb voll Grauen auf ihm ruhen, und während langsam dunkle Rote seine Wangen färbt, entfernt er sich mit unsicheren Schritten.

Dritt im Wald vertrieht er sich wie ein krankes Tier, stützt den Kopf in beide Hände und weint bitterlich. Erschlagen haben sie den Groß-Reicher Franz, den leb-frischen, stolzen Burschen! Warum? Jrgend ein ah-nungsvoller Instinkt raunt dem Hans etwas von ver-schämter Liebe und wund gepeinigtem Herzen, das gierig nach Streit greift, um sich zu betäuben.

Er kommt der Wahrheit ziemlich nahe.

Im Morgengrauen erst schleicht er sich heim. Scheu bleibt er am Waldrand stehen und blickt hinab ins Tal, wo seines Vaters Hof so still und friedlich hinter des Wiesenwirts Anwesen liegt, während etwas weiter nach rechts das von altertümlichen Mauern umschlossene Bist-zienstift im Schatten ansteigender Wälder ruht.

Um das vergoldete Kreuz der stattlichen Klosterkirche streichen Turmschwalben und rosenrot durchhauchte Nebel-gespinnne gleiten darüber hin. Jetzt tönt die große Glocke, welche die Mönche zur Morgenandacht auf den Chor ruft, feierlich durch die Lüste.

Größelnd fährt Hans zusammen. Ihm ist, als höre er noch Kofels gellenden Jammergeschrei, den kein Ge-läute ersticken kann. Und eine jähe Angst packt den Burschen: Wie wenn der Tod, der diese Nacht durch das Lorenzo Tal schlich, auch in ihrem Herzen die Liebe erschlagen hätte?

(Fortsetzung folgt.)

Stuttgart, 24. Juli. Neue Fleischpreiserhöhung. Vom Dienstag ab werden die Fleischpreise durch die Fleischereinigung erneut heraufgesetzt. Es kostet je das Pfund Ochsen- und Rindfleisch 60 M bezw. 48,50 M 2. Qual., Kuhfleisch 40 bis 46, Hammelfleisch 56—60, Schafffleisch 40—50 M. Der Preis für Kalbfleisch wurde um 1 M pro Pfund auf 64—66 Mark ermäßigt wegen der Steigerung der Häutepreise.

Heilbronn, 24. Juli. Viehdiebstahl. Ein Wegger von Hall hatte zwei Männer von hier zu einem Ochsenstahl in der Anstalt Nichtenstern, Oll. Weinsberg, veranlaßt. Der Ochse wurde nach Nierenhall verkauft. Die Diebe erhielten je 3300 M, der Anstifter schob 23 000 M ein. Die Strafkammer verurteilte die Täter zu 3 bezw. 2½ und den anstiftenden Wegger zu 2½ Jahren Zuchthaus und je 5 Jahre Ehrverlust.

Nagold, 24. Juli. Einbruch. In der Nacht auf Sonntag wurde im Laden des Uhrmachers Kläger eingebrochen und Waren im Wert von etwa 150 000 M gestohlen.

Blaubeuren, 24. Juli. Abgestürzt. Zwei Touristen aus Stuttgart gingen in der Dunkelheit über den Weilersteig hierher. Dabei stürzte einer von ihnen in den Steinbruch, während der andere in dem dort angebrachten Drahtzaun hängen blieb. Die Verletzungen beider waren jedoch unbedeutend.

Schwenried, 24. Juli. Kreuzotterbiß. Im staatl. Torfwerk wurde der Arbeiter Josef Schmid von Buchau von einer Kreuzotter gebissen. Er nahm sofort ärztliche Hilfe in Anspruch und erlitt dadurch keinen Schaden.

Caußen a. N., 24. Juli. Bilderstürmerei. Der Gemeinderat behandelte einen sozialdemokratischen Antrag auf Entfernung der Fürstenbilder aus dem Sitzungssaal. Bei der Abstimmung ergab sich, daß eine Mehrheit für Entfernung des Kaiserbildes stimmte, während die Bilder der württembergischen Könige hängen bleiben sollen.

Nordheim, Oll. Bradenheim, 22. Juli. Das Gasthaus als Fabrik. Die Bahnhofsverwaltung hier ging um 265 000 M. an eine Heilbronner Firma über zum Zweck der Verwendung für die Industrie.

Dürenzimmern, Oll. Bradenheim, 24. Juli. Amerikaneinstellung. Der Deutschamerikaner Kappold und seine von hier gebürtige Frau, die zu Besuch hier weilten, haben der Gemeinde eine Kirchenuhr gestiftet.

Nedarfum, 24. Juli. Aufgeklärter Diebstahl. Das kürzlich aus dem Glühbirnen gestohlene Motorrad im Wert von 60 000 M. wurde, als es verkauft werden sollte, in Pforzheim den Dieben abgenommen. Die Täter waren früher bei den NSL-Werken beschäftigt.

Tübingen, 22. Juli. Viehzucht-Genossenschaft. Der Landw. Bezirksverein beschloß nach einem Bericht von Dekonometrat Mayer-Rottweil und Ausführungen von Professor Dr. Smelin die Gründung einer Viehzuchtgenossenschaft für den Bezirk Tübingen. Zum Vorsitzenden der Genossenschaft wurde Oberamtsarzt Professor Dr. Smelin gewählt.

Oberndorf, 24. Juli. Stiftung. Im Gemeinderat machte Stadtschultheiß Bayer die Mitteilung, daß Direktor Doll anlässlich des 100. Geburtstags seines verstorbenen Vaters der Stadt einen namhaften Betrag als Friedrich- und Anna-Doll-Stiftung hat überweisen lassen. Das Kapital soll in der Weise verwendet werden, daß 75 v. H. des Zinsetrags zu Preisen für Höchstleistungen im volkstümlichen Turnen an den drei hiesigen Schulen verwendet werden. Die übrigen 25 v. H. des Zinses sollen jährlich dem Kapital zugeschlagen werden. Die Wettspiele sollen jedes Jahr stattfinden.

Rottweil, 24. Juli. Todesfall. Kirchenrat Stadtpfarrer Hohmann ist am Sonntag während der hl. Messe bei der Wandlung am Herzschlag gestorben.

Göppingen, 22. Juli. Stiftung. Im Gemeinderat wurde mitgeteilt, daß in den letzten Wochen von Auslandsdeutschen, besonders Amerikanern, größere Geldspenden für das Altersheim eingegangen sind, insgesamt etwa 40 000 M.

Untermarchtal, 24. Juli. Priesterjubiläum. Vom 17.—20. Juli feierten 25 katholische Geistliche hier ihr 25-jähriges Priesterjubiläum. Es wurden neun Vorträge gehalten, ein Seelenamt gehalten für 5 verstorbene Kursgenossen.

Waldsee, 24. Juli. Vom Rathaus. Zum Stadtpfleger wurde Obersekretär Carl Steinhäuser von hier und zum Stadtbauinspektor Karl Harrer von Cannstatt gewählt.

Weingarten, 24. Juli. Mit der Ernte ist in der hiesigen Gegend begonnen worden und verschiedentlich wurde schon Ähren geschnitten. Die Frucht steht in unserer Gegend überall, wohin man sieht, gut. Getreiderost oder sonstige Krankheiten sind bis jetzt so gut wie gar nicht beobachtet worden. Die Beerenernte ist in vollem Gange. Tagtäglich strömen Scharen von Beerensammlerinnen in die Wälder, um Himbeeren einzubeimsen.

Jonn, 24. Juli. Brand. Vermutlich durch Ueberhitzung des Teers brach in den Allgäuer Metallwerken hier ein Brand aus, der das Teerhaus und Eisenmagazin vollständig zerstörte.

Eine technische Neuheit am Fahrrad. Im Wagenbau-Geschäft von Schäffer in Crailsheim wurde ein Fahrradrahmen aus Holz hergestellt, der an Festigkeit und Leichtigkeit den Stahlrohrrahmen übertreffen soll. Die Neuierung wurde zum Patent angemeldet.

Der Stand der Weinberge in Württemberg. Nach den Berichten der Vertrauensmänner haben die Reben unter dem Einfluß der überaus günstigen Witterung im Mai und Juni wunderbare Fortschritte gemacht. Die Frostschäden vom 14. Mai vermischt sich zusehends und bis zum 20. Juli konnten die Weinberge als krankheitsfrei gelten. In den warmen und schwülen Gewittertagen vom 17. bis 18. Juni entwickelten sich aber bereits Peronospora und Oidium; es mußte fast überall zum drittenmal gespritzt werden. Gegen den Heuwurm dürften besondere Maßnahmen nicht notwendig werden. Der Fruchtanfall ist reich, selbst bei Mustateller, Gutedel, Cleoner usw. Für einen guten Herbst sind bis jetzt alle Vorbedingungen gegeben.

Vom Weinbauverein. Die diesjährige Herbstversammlung des Württ. Weinbauvereins findet am 17. Sept. in der Turnhalle in Marbach statt. Vormittags wird eine Besichtigung der Rebanlagen in Kleinbottwar vorgenommen. — Auf Ansuchen des Weinbauvereins wird die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Wirte Württemb. die Weibde, Vermittlungs- und Anstaltsstelle für die Weinversteigerungen der Weingärtnergesellschaften und der herrschaftlichen Weingüter vom Herbst 1922 an übernehmen.

Die württembergischen Ferienkinder im Banat. Der Sonderzug mit den Ferienkindern aus Württemberg, die von den Schwaben im Banat (früher Ungarn) zu mehrwöchiger Aufenthalt eingeladen worden sind, ist nach einem vom Führer der Kinder, Oberverwalter T. Humm beim Roten Kreuz

eingetroffenen Telegramm am Samstag abend pünktlich in Temesvar eingetroffen. Die Kinder sind alle wohlbehalten und von der Bevölkerung mit großer Herzlichkeit aufgenommen worden.

Die neue Getreideumlage in Württemberg

Ueber die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 werden in der neuesten Nummer des „Staatsanzeigers“ im Anschluß an die reichsgesetzlichen Bestimmungen einige erläuternde Bemerkungen gegeben. Zunächst wird mitgeteilt, daß die Bemühungen für Württemberg Erleichterungen durchzuführen, wenigstens den Erfolg hatten, daß der Reichsernährungsminister auf Grund des neuen Verteilungsmassstabs das auf Württemberg entfallende Lieferungsoll, das ursprünglich zwischen 69 500 und 110 500 Tonnen geschwankt und nach dem verhältnismäßigen Anteil Württembergs an dem Durchschnittsernteertrag noch 78 000 Tonnen betragen hätte, nach langwierigen Verhandlungen stufenweise endgültig auf 35 000 Tonnen herabgesetzt worden ist.

Bei der Unterverteilung der Umlage ist neu Vorschrift, daß zur Verteilung auf die Kommunalverbände die öffentlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft beizuziehen sind. Auch soll das Lieferungsoll der einzelnen Gemeinden vor seiner endgültigen Festlegung bekannt gegeben werden; während einer Woche ist eine Liste mit dem vorgezeichneten Lieferungsoll der einzelnen Erzeuger in den Gemeinden öffentlich auszuliegen. Gegen die Festlegung ist wie bisher Beschwerde zulässig, über die ein Ausschuss entscheidet. Etwalge Fehlbeträge, die sich nach der Festlegung des Lieferungsolls ergeben sollten, sind künftig innerhalb der Kommunalverbände oder der Gemeinden nachträglich anderweitig unterzuverteilen.

Von den sonstigen Änderungen sind noch hervorzuheben die Bestimmung, wonach die Kommunalverbände künftig verpflichtet sind, die Umlage in den ihnen von Erzeugern zeliessenen Getreidearten an die Reichsgetreidestelle abzuliefern, sofern diese nicht ausnahmsweise den Austausch von Umlagegetreide zwischen den Kommunalverbänden zuläßt. Neu ist ferner die Vorschrift, wonach Haber, der wie bisher für die Regel nur zu drei Fünftel auf die Umlage angerechnet werden darf, dann, wenn es sich um selbstgebautes Haber aus Höhenlagen von über 400 Metern handelt, in vollem Umfang auf die Umlage anzurechnen ist. Die Bestimmungen über den Personenkreis, der — außer den Selbstverforgern — von der öffentlichen Brotversorgung nach ihrer Einkommenslage usw. ausgeschlossen ist, stehen noch aus. Der Umlagepreis für das erste Drittel der Ablieferung beträgt, wie bereits früher mitgeteilt, für Roggen 245 Mark, für Weizen 370 Mark, für Gerste 335 Mark und für Haber 330 Mark für den Zentner.

Stuttgart, 24. Juli. Die Zentrumsfraktion hat im Landtag den Antrag eingebracht, die Regierung möge bei der Reichsregierung dahin wirken, daß mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit des Aufbringens des Lieferungsolls und auf die Entschädigung durch Hagelschlag usw. das Lieferungsoll schon bei der Oberverteilung herabgesetzt werde. Außerdem solle eine Berücksichtigung der Höhenlage (über 400 Meter) eintreten.

Baden.

Karlsruhe, 24. Juli. (Protest gegen die Bezeichnung „Reichsbahndirektion“.) Aus Beamtenkreisen erhalten wir folgende Zuschrift: Nach der Uebernahme der Vändereisenbahnen durch das Reich wurde in München für die bayerischen Eisenbahnen eine sogenannte Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums errichtet mit besonderen Rechten und Zuständigkeiten, die in einem Staatsvertrag garantiert wurden. Die gleichzeitig errichtete Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe sollte nach dem Staatsvertrag die gleichen Zuständigkeiten und Rechte für den badiischen Teil der Reichsbahn erhalten. Während man Bayern die garantierten Rechte beläßt, geht das Reichsverkehrsministerium nun dazu über, die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe ihrer besondern Rechte zu entkleiden. Vor einigen Tagen hat das Reichsverkehrsministerium ohne vorher mit dem Land Baden zu verhandeln, kurzer Hand angeordnet, daß die Direktion Karlsruhe künftig wie alle preussischen Direktionen die Bezeichnung „Reichsbahndirektion“ zu führen hat. Damit ist nun unsere Eisenbahn-Generaldirektion auf die Bedeutung jeder beliebigen preussischen Direktion herabgerückt. Es darf erwartet werden, daß die badiische Regierung und unser Landtag sich eine derartige Behandlung, die auf das größte gegen den Sinn und Geist des Staatsvertrages verstoßt nicht gefallen läßt und die berechtigten Interessen Badens energisch vertritt.

Mannheim, 24. Juli. (Minister Kemme über die politische Lage.) In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei sprach der Minister des Innern Kemme über die Vorgänge im Reich und in Baden. In seinen Ausführungen bezeichnet er u. a. die Gesetzgebung zum Schutze der Republik als eine Notwendigkeit und lehnte die Ansicht ab, als ob die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Folge unserer jetzigen Staatsform seien und als ob es mit der Wiedereinführung der Monarchie besser würde.

Mannheim, 24. Juli. (Demonstration.) Eine neue Teuerungsdemonstration wurde am Freitag abend von etwa 300 Frauen veranstaltet. Sie zogen zum Rathaus und wollten den Oberbürgermeister sprechen, der aber gerade abwesend war. Bürgermeister Dr. Balli verhandelte dann auf dem Hofe des Rathauses mit den erregten Frauen, deren Klagen sich hauptsächlich gegen die Händler wandten, welche die Preise verteuerten. Die Händler, denen es eine Unmasse gibt, reißen sich am frühesten Morgen förmlich um die Waren der Landwirte und treiben dabei die Preise in die Höhe. Die jetzt eingerichtete Preisprüfungsstelle für Marktwaren soll für angemessene Preise sorgen.

Heidelberg, 24. Juli. (Schwed. Ferienkurs.) Der hier abgehaltene schwedische Ferienkurs, an dem 120 Schweden teilnahmen, ist letzter Tage zu Ende gegangen. In den Kurs waren auch Autorenabend einbezogen, in denen Thomas Mann, Börris von Münchhausen und Joachim von der Goltz aus eigenen Werken vorlasen. Der Ferienkurs dürfte dazu beigetragen haben, die Beziehungen zwischen Deutschland und Schweden weiter zu festigen.

Heidelberg, 24. Juli. (Die neue medizinische Klinik.) Am Samstag vormittag wurde die neue medizinische Klinik eingeweiht. Der große schöne Bau erhebt

sich an der Bergheimer Straße, im alten botanischen Garten.

Heidelberg, 24. Juli. (Ehrenbürger.) Der Stadtrat hat beschlossen, den Direktor der medizinischen Klinik der hiesigen Universität, Geh. Rat Prof. Dr. Krehl (anlässlich der am Samstag erfolgten Einweihung der neuen medizinischen Klinik) zum Ehrenbürger der Stadt Heidelberg zu ernennen. Geh. Rat Krehl ist geborener Leipziger und leitet seit 1906 die hiesige medizinische Klinik.

Kehl, 24. Juli. (Verminderung der französischen Besatzung.) Die französische Besatzung im Brückenlopf Kehl ist laut „Bad. Presse“ durch Zurückziehung eines Teils der Truppen abermals vermindert worden.

Stutheim, 24. Juli. (Reisenbahn Erhängt.) Der jüngst vom Landtag genehmigte Umbau der Nebenbahn in Normalspur ist bereits in Angriff genommen. Die Gleise der längst aufgegebenen Strecke Rheinfurter-Drauweier werden ebenfalls abgebaut. — In Niegel hat sich ein 45-jähriger Hausierer namens Gustav Schiffer im Wachtlokal erhängt. Er hatte dort um Nachtquartier gebeten, was ihm auch gewährt worden war.

Konstanz, 24. Juli. (Ertrunken.) Beim Aufhängen von Treibholz, das das Hochwasser des Rheins in den Bodensee trieb, sind bei der Rheinmündung drei Personen, zwei Männer und ein Mädchen, ertrunken.

lokales.

Waldbad, den 25. Juli 1922.

Paketverkehr. Mit dem 25. Juli wird der Paketverkehr sowohl von Deutsch-Oberschlesien als auch vom übrigen Deutschland nach Polnisch-Oberschlesien und in umgekehrter Richtung aufgenommen. Weitere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Beschränkung der Fernsprechanmeldung. Nach einer Verfügung des Reichspostministeriums darf vom 20. Juli an in den größeren Städten, sowie im Verkehr nach Fernsprechnetzen von jedem Hauptanschluß nicht mehr als eine Meldung auf einmal gemacht werden. Nach einer Vereinbarung des Vereins deutscher Zeitungverleger mit dem Reichspostministerium sind jedoch Ferngespräche der Presse von dieser Einschränkung ausgenommen.

Zuckererteilung. Der in diesem Monat zur Verteilung kommende Zucker (1½ Pfund auf den Kopf) ist, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nicht als der früher vorgegebene Einmachzucker zu betrachten, sondern als der „Monatszucker“. Einmachzucker wird es leider heuer wohl nicht geben.

Allerlei

Keine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten. Die Berliner Meldung, die Demokratische Partei werde eine zweijährige Amtsverlängerung des Reichspräsidenten Ebert beantragen, wird von der „Post. Ztg.“ als aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Der teure Reichstag. Durch die in der letzten Reichstagsitzung beschlossene Erhöhung der Bezüge der Abgeordneten entfiel dem Reich eine Mehrausgabe von 56,3 Mill. Mark. Der Reichstag kostet jetzt im Jahr 72 Millionen oder täglich 200 000 Mark. Der Reichstagspräsident bezieht 140 000 Mark im Jahr.

Der Allgemeine Deutsche Studentenrat, dessen Abhaltung in Hessen-Kassau vom Oberpräsidenten verboten worden war, ist in Würzburg ohne Beanstandung abgehalten worden. Die neuen Satzungen für die Deutsche Studentenschaft wurden angenommen und der neue Vorstand gewählt.

Kundgebung für den Weltfrieden. Am Sonntag, 30. Juli, finden in etwa 200 Städten Deutschlands, sowie in verschiedenen Städten des Auslands Kundgebungen für den Weltfrieden statt.

Berzug bei Mängelrüge. Beim Handelskauf hat bekanntlich der Käufer die Ware sofort nach Empfang zu untersuchen und unverzüglich Anzeige von Mängeln zu erstatten. Die Untersuchung hat jedoch sachgemäß zu erfolgen und der Käufer ist erst nach Abschluß der Untersuchung verpflichtet, eine Mängelanzeige abzugeben. Der bloße Verdacht von Mängeln bringt ihn ebensowenig in Berzug, wie eine unständige Untersuchung, wenn sie durch die Sachlage geboten erscheint. Das sind die wesentlichsten rechtlichen Gesichtspunkte einer Reichsgerichtsentscheidung, die insbesondere für alle Fabrikanten von größtem Interesse ist, da in ihr gesagt ist, daß dem Käufer Frist belassen werden muß, um die Untersuchung zu Ende zu führen.

Die Schnapsfabrikation. Der Bund gegen Wucher und Teuerung teilt mit: Der Vorsitzende des Schorndorfer Gemeinderats hat festgestellt, daß die Likörfabriken des Brennverbots für Kirchen in der Weise umgehen, daß die Kirchen ausgeprobt und die Treber zur Schnapsherstellung verwendet werden, und daß auf diese Weise zwei Drittel der Kirchsenernte der Volksernährung entzogen werden. Wir verlangen unverzügliche schärfste Untersuchung in allen Likörfabriken, exemplarische Bestrafung solcher Gesetzesumgehungen, Veröffentlichung der Namen der Betreffenden und Schließung der in Frage kommenden Betriebe.

Ein schlechter Witz. Dieser Tage wurde in einer Wirtschaft in Ochsenhausen, Oll. Biberach a. R., von einem Gast ein 10 000 Mark-Schein gezeigt. Weil solche Scheine noch etwas selten sind, wollten ihn auch die übrigen Gäste näher ansehen. Bei diesem Rundgang ist der Schein verschwunden. Am nächsten Morgen wurde unter Zuziehung des Landjägers eine Nachforschung gehalten. Der Schein fand sich bei einem der Gäste vor. Dieser will nur einen Witz gemacht haben. Allerdings ein schlechter Witz.

Schweres Schiffsunglück. In der Nacht auf Montag stieß im Aermellanal bei nebligem Wetter der Dampfer „Rarengo“ der Ellermann-Linie, der von Neapel nach Hull (England) unterwegs war, mit dem Reichs- und Postdampfer „Remura“ von der Neuseelandgesellschaft zusammen. Letzteres Schiff hatte 544 Reisende und 168 Mannschaften an Bord. „Remura“ wurde schwer beschädigt, konnte aber langsam weiterfahren. Die Reisenden sind jedenfalls gerettet. — Ueber das Schicksal des Dampfers „Rarengo“ fehlen bis jetzt sichere Nachrichten.

Abgestürzt. Der norwegische Flieger Hellefoss ist in der Nähe von Ramfos (Drontheim) mit zwei Reisenden abgestürzt. Hellefoss und ein Reisender sind tot, der andere ist schwer verletzt.

Gepanzerte Postwagen. Wie die „Umschau“ berichtet, werden jetzt den Vereinigten Staaten zur Sicherung der Postsendungen gegen Diebstahl gepanzerte Wagen benutzt. Ein solcher Wagen trägt frei aufgesetzt eine Anzahl wirtelförmiger Treppen, etwa in der Art eines Wagens mit Müllfäßen. Ein kräftiges Lastautomobil vermag diese schweren Behälter bequem zu tragen, andererseits aber sind die Treppen so schwer, daß sie nur von besonderen Kranen vom Wagen herabgenommen werden können.

Die Küche der Pfahlbauern

In der späteren Steinzeit (Neolithische Zeit), die ungefähr 1500 bis 1000 Jahre vor unserer Zeitrechnung zu Ende ging und an die sich dann die sogenannte Bronzezeit, d. h. die Zeit der aus Bronze gefertigten Werkzeuge angeschlossen, lebten die eigentlichen Pfahlbauern. Durch die Funde, die in den letzten Jahrzehnten an Flüssen und Seen namentlich in Deutschland und in der Schweiz gemacht wurden, haben wir eine ziemlich genaue Kenntnis von den Wohnungsanlagen und dem Kulturstand der Pfahlbauern erhalten. Wir wissen z. B., daß sie gegenüber den europäischen Menschen der alten Steinzeit schon eine recht beträchtliche Kochkunst besaßen. Durch die Arier war auch der Bau von Feldfrüchten allgemein in Aufschwung gekommen. In den Ueberresten der Pfahlbauten hat man Weizen und Gerste, die zwei- und vierkörnig ist, ferner Lein und andere Oelfrüchte, Hirse, Hafer usw., vielfach verkohlt, gefunden. Das Getreide wurde mit Steinschalen geschliffen, die man sehr gut zu schleifen verstand. Die Körner wurden vom Unkraut gereinigt und auf steinernen Mörsern, die den Handmühlen ähnlich sind, gequetscht. Die Frauen haben aus dem Mehl runde, flache, mit Leinsamen bestreute Schwarzbrotchen gebacken. Dazu gab es Fleischsuppen — denn die Pfahlbauernbewohner hatten Lachs- und Herdanlagen, Braten und vor allem Fische. Die Seen lieferten den Lachs, die Forellen, den Hecht, den Aal in reicher Fülle und für die Jagd stand dem Pfahlbauern das treueste Haustier, der Hund, zur Seite.

Als Juckhose findet man für die rauhere Jahreszeit Bohnen und Linsen, für den Sommer das Obst, wie Holzapfel, Birnen, Vogelkirschen, Pflaumen, Heidelbeeren, Holunder, Preisel- und Brombeeren, Schlehen. Die Früchte waren allerdings bei der noch unvollkommenen Kultur jedenfalls viel kleiner, härter und saurer als in unseren Tagen. An Gewürz hat man nur den Kümmel und das Salz gefunden. Obgleich der Pfahlbauer schon die Milch von Kühen und Ziegen — unter den Haustieren fand man daneben noch das Schaf, das Schwein, aber keine Säbner und Katzen — trank, so verstand er noch nicht die Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse. Wild wurde mit Ausnahme des Hasen, den wohl eine Religionsverehrung schützte, viel gegessen. Als Fett diente Fischölmehl, Nohn- und Leinöl. Von Getränken scheint nur das Gerstenbier bekannt gewesen zu sein; der Wein wurde erst später durch die Römer in Germanien eingeführt. — Die Europäer jener alten Zeit lebten also wie wir heute von gemischter Kost, ein Beweis, daß diese die natürlichste Nahrung für unsere Gegenden bildet.

Letzte Meldungen.

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 24. Juli. In rechtsstehenden Blättern wurde die Nachricht verbreitet, daß die Demokraten beabsichtigen, bei Wiedereröffnung des Reichstags einen Antrag einzubringen auf Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten Ebert um 2 Jahre. Die Mitteilung ist unzutreffend.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

München, 24. Juli. Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei in Bayern, der gestern hier zusammentrat, stellte sich nach längerer Aussprache in einer Erklärung auf folgenden Standpunkt: „Die Deutsche Volkspartei lehnt die Ausnahmegesetzgebung zum Schutze der Republik und die durch den Mord an Rathenau nur äußerlich veranlaßte, aber offenbar längst geplante und vorbereitete innerpolitische Tendenzgesetzgebung ab.“ Die Erklärung schließt folgendermaßen: „Die Deutsche Volkspartei Bayerns erwartet von Regierung und Landtag die Wahrung der bundesstaatlichen Rechte Bayerns mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln. Nur dadurch kann die aufs schwerste gefährdete, als letztes Erbe aus großer Zeit mit allen Mitteln zu wahrende Reichseinheit gerettet werden.“ Aus dieser Kundgebung erzieht man also den scharfen Gegensatz zwischen der Deutschen Volks-

partei im Reich und der Deutschen Volkspartei in Bayern in der Beurteilung der Ausnahmegeetze.

Auregung einer deutsch-französischen Industrie-Vereinigung.

Paris, 24. Juli. Der Präsident der französischen Finanzkommission in der Kammer hatte die Aufgabe erhalten, eine Untersuchung über die Bedingungen der Befehungsarmee in den Rheinlanden vorzunehmen sowie über die wirtschaftliche und politische Lage der Provinz. Dariaz hat sein Mandat erweitert und seine Aufgabe unter einem großzügigen Gesichtspunkt verstanden. Er erklärte, daß die Reparationskommission durch die Finanzkontrolle schließlich nur dazu gelange, von Zeit zu Zeit neuerdings Verfehlungen Deutschlands festzustellen. Das einzige wirkliche Mittel, um Frankreich deutsche Reparationsentschädigungen zu verschaffen, bestehe darin, daß man mit Deutschland in eine industrielle Vereinigung eintrete. Die französische Metallindustrie könne ohne die deutsche Kohle nicht leben. Die deutsche Metallindustrie könne sich nur halb entwickeln, wenn sie der französischen Erze entbehren müßte. Das sei eine Wahrheit, über die sich niemand im Zweifel sein kann. Frankreich müßte also seine Anstrengungen darauf richten, einen Austausch deutscher Kohle mit französischen Erzen zustande zu bringen und so eine gemeinsame Ausbeutung der Industrie beider Länder zu ermöglichen. Die deutsche Großindustrie hat oft genug erklärt, daß die Union des deutschen Koks mit den französischen Erzen die größten Rezipitate zeitigen würde, und daß die beiden Völker dadurch direkte Reparationsabkommen treffen könnten, zu denen die Wiesbadener Abkommen nur das Vorbild wären. An dem heutigen Tage aber, wo man französischerseits die industrielle Produktion kontrollieren könne, würde es endlich dazu kommen, von dem deutschen wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren.

Die italienische Kabinettskrise.

Paris, 24. Juli. Nach den letzten Nachrichten, die über die italienische Ministerkrise vorliegen, sei es noch nicht bestimmt, ob Orlando die Bildung des Ministeriums übernehmen wird. Er hatte bereits gestern dem König die Antwort überreichen wollen, hat sich aber bis heute Bedenken ausbedungen. Die Volkspartei widerlegt sich der Beteiligung der Mitglieder der Rechten an dem künftigen Ministerium, vor allem auch aus dem Grunde, weil die Deputierten der Volkspartei befürchten, bei dem nächsten Kongress desabonniert zu werden, wenn sie zulassen, daß auch nur ein Mitglied der Rechten am Ministerium beteiligt ist. Das gleiche gilt für die sozialistische Gruppe. Orlando soll versucht haben, wenigstens einen Vertreter der Rechten im Kabinett aufzunehmen; aber auch dies sei ihm abgeschlagen worden. Gestern abend hatte Orlando eine Unterredung mit Ritti, der, wie es heißt, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen versprach, um von den Nationalisten Unterstützung zu erhalten. Ritti hat gleichzeitig erklärt, daß für den Fall, daß Orlando die Bildung des Kabinetts übernehme, jedenfalls nicht die Rede davon sein kann, Mitglieder der früheren Regierung im Kabinett aufzunehmen.

Washington und London.

London, 24. Juli. Lloyd George hatte gestern eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes, über die möglichen Wirkungen der Annullierung des englischen Reparationsguthabens in Deutschland und Frankreich auf die amerikanische öffentliche Meinung. Geddes schlug Lloyd George vor, eine aus hervorragenden Persönlichkeiten zusammengesetzte Delegation nach Washington zu entsenden. Es ist jetzt wahrscheinlich, daß Sir Robert Horne diese Delegation führen wird. Im heutigen Kabinettsrat wird die Frage der interalliierten Schulden besprochen werden. Lloyd George ist jedenfalls viel daran gelegen, das Parlament vor der Eröffnung der Londoner Konferenz zu vertagen, um so freie Hand für seine Unterredungen mit Bolcare zu haben.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 24. Juli: 304,60 Mark.

Neue Tiroler Zahlungseinstellung. Infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Südtirol hat auch die Tiroler Vereinsbank die Zahlungen eingestellt, nachdem erst dieser Tage die Südtiroler Niederlassungen der Bank für Tirol und Vorarlberg ihre Insolvenz erklärt haben.

Stuttgarter Börse, 24. Juli. Besseren Kursen und lebhafterem Geschäft verkehrte heute die Börse in freundlicher Stimmung. Württ. Vereinsbank.

Stuttgart, 24. Juli. Landesproduktenbörsen. Auch in abgelaufener Woche hand der Getreidemarkt unter dem Einfluß der Devisenschwankungen. Die Stimmung war fest und die Preise erfuhren weitere Steigerungen. Das anhaltende Regenwetter, das Beschränkungen für die neue Ernte hervorrief, trug wesentlich dazu bei. Es notierten je 100 kg, ab württ. Stationen: Weizen 2450—2500 (am 17. Juli 2300—2350) M, Hafer 2025—2100 (1975 bis 2025) M, Weizenmehl Nr. 0 3500—3525 (3450—3500) M, Brotmehl 3200—3225 (3150—3200) M, Meie 1300—1325 (1250 bis 1300) M, Heu, neue Ernte 600—700 M.

Märkte

Oberndorf, 22. Juli. Dem Viehmarkt waren 418 Stück Groß- und Kleinvieh zugeführt. Der Handel war flau. Trächtige Kalbinnen kosteten 35 000 bis 45 000 M, Kühe 35 000 M, das Paar Ochsen 94 000 M. Der Pferdemarkt war mit 39 Stück befahren. Arbeitspferde galten 18 000 bis 55 000 M, Schweißpferde 6000—10 000, Hengstfohlen 11 000 M. Auf dem Schweinemarkt wurde das Paar Milchschweine mit 4600—5400 M bezahlt.

Schweinemarkt Balingen, 22. Juli. Zugeführt wurden 275 Stück Milchschweine. Preis für ein Milchschwein 2200—3400 M. Handel flau.

Craillsheim, 24. Juli. Preissturz am Schweinemarkt. Auf dem mit 467 Milchschweinen und 8 Läuferchweinen besetzten Schweinemarkt am Samstag ist ein erheblicher Preissturz eingetreten. Milchschweine galten 400—4800, Läuferchweine 6000 bis 11 600 M je pro Paar.

Künzelsau, 22. Juli. Schweinemarkt. Auf dem Schweinemarkt wurden 160 Milchschweine zum Paarpreis von 4400 bis 6000 M, Läuferchweine zu 4800 M verkauft. Handel langsam.

Ragold, 22. Juli. Holzverkauf. Der Stockholzhverkauf im Rathausaal ergab bei 461 Nm. einen durchschnittlichen Aufschlags-erlös von rund 301 M für den Raummeter.

Plüßhausen, 24. Juli. Beim letzten Holzverkauf bewegten sich die Preise für Nadelholz zwischen 1100 und 1300 M, für Buchenholz zwischen 1700 und 1900 Mark pro Raummeter, in einem Fall wurden für 2 Raummeter 4000 M bezahlt.

Künzelsau, 24. Juli. Die Winterschafweide in Dürrenzimmern wurde um 61 000 M verpachtet, ebenso hat die Stadtgemeinde Forchtenberg ihre Winterschafweide in den Preis von 130 000 M von Martini bis 10. März 1923 verpachtet.

Die Schafweide in Hochmöffingen wurde um 94 200 M gegen 17 000 M im Vorjahr an einen Schäfer aus Schillach verpachtet.

Die städt. Schafweide in Höchstädt wurde um einen Sachwertbeitrag von 15 Zentnern Schafwolle verpachtet.

* Vom Eiermarkt. In der verflossenen Woche waren die Zufuhren infolge der kühlen Witterung der Vorwochen nur schwach, und da die Nachfrage infolge der hohen Fleischpreise auf den meisten Märkten weiter lebhaft ist, zogen auch die Preise wieder an. Im Großverkehr notierten für die 1000 Stück in Mark: Berliner Markt 6700—6850, Sächsischer 6800—7000, Oldenburger 6500—6900, Schlesiener 6450—6850, Süddeutscher 6300—6800, Westdeutscher Markt 7000—8100 M.

Erhöhung der Kohlenpreise. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände des Ruhrgebiets verlangen eine weitere Erhöhung der Arbeiterlöhne um 60—80 M für die Schicht, nachdem erst kürzlich eine Lohnerhöhung um 65 M eingetreten ist. Diese neue Erhöhung der Löhne würde eine Erhöhung der Kohlenpreise um mindestens 300—350 Mark für die Tonne mit sich bringen.

Sport

Stuttgart, 24. Juli. Der Sport vom Sonntag. Stuttgart stand am Sonntag im Zeichen des Gaufrägersfestes des Schwäbischen Sängerbunds, das in der Gewerbehalle mit Wertungsingen und Rassenchören und einem imposanten Festzug bei zum Teil strömendem Regen vor sich ging. Rund 4000 Sänger aus dem Bezirk Groß-Stuttgart, aber auch aus anderen Teilen des Landes beteiligten sich daran.

Leipzig, 24. Juli. Das vom 22. bis 25. Juli hier stattfindende Arbeiter-Turn- und Sportfest wurde am Samstag eröffnet. Der Vertreter des Reichs, Staatssekretär Scholz, erklärte: Die Reichsregierung werde mehr als bisher für die Arbeiter-Turn- und Sportvereine tun. Über 80 000 Teilnehmer sind in Leipzig eingetroffen, darunter mehr als 12 000 aus dem Ausland. Abends fanden in 36 Sälen Festlichkeiten statt.

Wetter-Bericht

Der Hochdruck weicht langsam zurück und vermag sich auch im Osten nicht festzusetzen. Eine große Störung liegt wieder über Schwaben und Süddeutschland. Am Mittwoch und Donnerstag sind mehrfach Niederschläge mit Abkühlung zu erwarten.

Fuhrunternehmer-Vereinigung des Bezirks Neuenbürg und Umgebung.

Die Vereinigung gibt bekannt, daß sie sich infolge der weiter fortschreitenden Teuerung in die Notwendigkeit versetzt sieht, mit sofortiger Wirkung eine weitere Erhöhung der Fuhrlöhne eintreten zu lassen.

Es kommen bei 8stündiger Arbeitszeit folgende Sätze in Anrechnung:

	bei schweren Pferden	bei leichteren Pferden
Für einen	1 Tag M. 1640.—	M. 1500.—
1/2 "	M. 910.—	M. 780.—
Zweispänner	1 Stunde M. 230.—	M. 200.—

Für einen Einspanner werden 60% der obigen Sätze berechnet.

Auf die im Monat Juni abgeschlossenen Akorde kommt ein Zuschlag von 70% auf die im Juli abgeschlossenen ein solcher von 30%.

Müssen bei Taglohnfuhrwerk mehrere Wagen gestellt werden, so wird für jeden zu stellenden weiteren Wagen pro Tag M. 100.— extra berechnet.

Der Geschäftsführer: Wilhelm Hammer.

Kräuterkäse Marke HB

wird jetzt wieder in allerbest Friedensware weich und in Spundentern angefertigt, und ist in Delikatessengeschäften, Kolonialwarenhandlungen und Konsumvereinen zu haben.

Alleiniger Fabrikant Heinrich Bort, Wangen i. A.

Die nächste Willbad.

Mütterberatungsstunde

findet Mittwoch, den 26. Juli von 2—3 Uhr in der Wilhelmschule statt. Schw. D. Ober, Bezirksfürsorgerin.

Zuverlässige, tüchtige Köchin

die die größere Küche eines guten Privathaushaltes selbstständig besorgen kann auf 1. Sept. oder später bei hohem Lohn gesucht. Keine Hausarbeit.

Frau Mina Kohler, Pforzheim Schulze-Delitzstr. 40.

Fichtennadel-Bade-Extract
in Kannen
A. u. W. Schmitz, Med.-Drogerie.

Berloren Brillant-Collier.

Abzugeben gegen hohe Belohnung Villa Bauer.

Altershalber wird in einer Oberamtsstadt des Schwarzwaldkreises ein schönes 4stod. Geschäftshaus, mit prima gut gehendem Geschäft in Tausch gegen ein Einfamilienhaus mit Garten abgegeben. Hoher Nettogewinn wird nachgewiesen. Angebote befördert unter „Erstgen.“ Invalidentank Stuttgart.

Homöopathie u. Naturheilkunde
Rennfeldstr. 21. H. Maier, Pforzheim Fernruf 2218.
behandelt Gicht, Rheumatismus, Ischias, Aderverkrampfung, rheumatische Gesicht- u. Kopfschmerzen, Hautauschlag, Krampfadergeschwülste, offene Beine usw. mit bestem Erfolg.
Augendiagnose. Sprechstunde in Willbad: Freitag vormittag 8—1 Uhr, Kochstraße 193 bei Fischer.

Suche
jezt, event. später tüchtiges ordentliches **Alleinmädchen**
bei gütigsten Bedingungen zu kleiner Familie nach Offenbach a. M.
Zu melden Villa Trippner.

Landeskurtheater
Direktion: Steng-Kraus
Dienstag, den 25. Juli 1922
Potasch u. Perlmutter
Komödie in 3 Akten
Mittwoch, den 26. Juli 1922
Wie einst im Mai
Operette in 4 Bildern

Weiße mit **Henko** die Wäsche ein!
Henko
Henkel's Wasch u. Bleich-Soda für Wäsche und Hausputz.
Henkel & Cie. Düsseldorf